

Kandidaten für den Schwyzer Regierungsrat

... sowie der Parteilose Peter Abegg aus Rothenthurm und der SP-Kandidat Jonathan Prelicz aus Goldau (Teil 2/2).



«Die Asylsuchenden, die ein Bleiberecht haben, müssen in den Arbeitsprozess integriert werden.»

«Durch die Wesensart und Grösse des Kantons Schwyz kann im politischen Alltag eine echte Bürgernähe gelebt werden.»

«Die Schule muss sich auf die Bildung konzentrieren können und die Erziehung hat zu Hause stattzufinden.»

«In Sachen Bildungsförderung sind wir ganz klar auf dem Maximum. Es braucht momentan nicht mehr.»

«Es ist im Interesse aller Beteiligten, dass wir unsere Integrationsprojekte vorantreiben.»

Petra Steimen (FDP, bisher)

Michael Stähli (Die Mitte, bisher)

Xaver Schuler (SVP, bisher)

Peter Abegg (parteilos, neu)

Jonathan Prelicz (SP, neu)

Die Bürgernähe wird im Kanton Schwyz täglich gelebt und auch immer wieder gelobt.

Durch die Wesensart und Grösse des Kantons Schwyz kann im politischen Alltag eine echte Bürgernähe gelebt werden. Die Regelungen für die Offenlegung von Interessenverbindungen und Finanzierungen bei den politischen Akteuren gewährleisten die Transparenz hinreichend.

Unsere drei Staatsebenen sind klar und übersichtlich organisiert, Aufgaben und Kompetenzen sind geregelt und deren Beschlüsse transparent und wenn nötig anfechtbar. Was die Bürgernähe betrifft, so ist es eine ständige Aufgabe von Verwaltung und Behörden, diese sicherzustellen.

Transparenz ist kein Heilmittel, der Bürger sollte an die Urne gehen und so etwas bewegen.

Als Initiativkomitee-Mitglied der kantonalen Transparenzinitiative ist mir dieses Thema ein Anliegen. Die Umsetzung der Initiative muss jedoch verbessert werden. Ich beurteile es aber positiv, dass die Abstimmungsergebnisse der Kantonsratsmitglieder endlich öffentlich zugänglich sind.

Die unbegleiteten Minderjährigen Asylsuchenden (UMA) sollen keine Ausbildung absolvieren. Die Asylsuchenden, die ein Bleiberecht haben, müssen in den Arbeitsprozess integriert werden. Asylsuchende ohne Bleiberecht werden konsequent und möglichst schnell ausgewiesen.

Der Kanton Schwyz vollzieht das Ausländerrecht des Bundes. Im Rahmen dieser föderalen Verbundaufgabe nimmt der Kanton Schwyz seine Verantwortung wahr, wenn ausländische Personen als Asylsuchende dem Kanton Schwyz zugewiesen werden oder die Ausreise von weggewiesenen Personen vollzogen werden muss.

Das Asylwesen ist durch den Bund geregelt, da sind die Kantone sowie die Gemeinden in erster Linie Vollzugsebene. In Bezug auf die Ausschaffungen von abgelehnten Asylbewerbern gibt es aber kantonale Unterschiede. Da kann man festhalten, dass der Kanton Schwyz eine harte Linie fährt, und das ist gut so.

Was das Asylwesen angeht, ist das meiste vom Bund bestimmt. Die Aufnahme von Asylanten in allen Gemeinden hat ja funktioniert. So weit, so gut. Aber geplante Ausschaffungszentren sollten nicht im Kanton Schwyz errichtet werden, die Akzeptanz ist nicht da.

Als Vorsitzender des Integrationsprojekts Mitenand Arth kenne ich viele Geschichten aus dem Asylbereich. Es ist im Interesse aller Beteiligten, dass wir unsere Integrationsprojekte vorantreiben. Ein Beispiel dafür sind die Jobcoaches. Dieses gute Angebot soll weiter ausgebaut werden.

Durch Investitionen und das Umsetzen von Projekten, von denen alle profitieren können. Es sollen nicht mehr Steuern eingezogen werden, als auch tatsächlich gebraucht werden. Oder in den nächsten Jahren sogar etwas weniger, um so die Reserven kontrolliert abzubauen.

Die solide finanzielle Lage ermöglichte es dem Kanton in den letzten Jahren, insbesondere für die natürlichen Personen Steuerfussenkungen vorzunehmen. Soll die Situation für die Steuerzahlenden noch attraktiver werden, so könnte der vorhandene Handlungsspielraum gezielt für weitere steuerliche Entlastungen in spezifischen Teilbereichen genutzt werden.

Spare in der Zeit, so hast du in der Not. Dies gilt auch für den Staatshaushalt und darum seien wir froh über die guten Reserven. Die mageren Zeiten kommen auf uns zu und da hilft das Finanzvermögen auch in Krisenzeiten beständige, tiefe Steuern zu garantieren.

Die Überreserven sollten am sinnvollsten an die Gemeinden zurückgegeben werden in Form von speziellen Hilfsprogrammen. Zum Beispiel für grosse, teure Projekte wie das Hallenbad in Rothenthurm. So kommt das Geld an den richtigen Ort.

Die Prämienverbilligung habe ich bereits erwähnt. Weiter soll der Öffentliche Verkehr gestärkt werden. Zudem hoffe ich, dass die Musikschulinitiative umgesetzt wird. In diesem Bereich können ebenfalls sinnvolle Investitionen getätigt werden.

Bildung ist das wichtigste Mittel für soziale Gerechtigkeit. Bildungswege müssen allen offenstehen, was zum Glück, gerade auch durch das starke duale Bildungssystem im Kanton Schwyz, gegeben ist.

Die effektivste Massnahme ist die Sicherstellung einer starken Volksschule mit hoher Bildungsqualität. Diese gewährleistet allen Kindern und Jugendlichen ohne Rücksicht auf das Geschlecht, die Religion, die soziale und regionale Herkunft die gleichen Bildungschancen sowie den Zugang zur schulischen Bildung im Rahmen des individuellen Bildungsbedarfs.

Die grosse Herausforderung liegt darin, genügend Lehrpersonen zu finden und für den Beruf zu begeistern. Die Schule muss sich auf die Bildung konzentrieren können und die Erziehung hat zu Hause stattzufinden. Mit einer guten Bildung auf der einen Seite und mit Eigenverantwortung und Leistungsbereitschaft auf der anderen erreicht man den sozialen Aufstieg.

In Sachen Bildungsförderung sind wir ganz klar auf dem Maximum. Es braucht momentan nicht mehr. Soziale Gerechtigkeit ist schwierig, es gibt immer solche, die zu viel verdienen, und solche, die zu wenig Lohn bekommen. Diese Schere sollte wieder etwas zusammenkommen.

Im Bildungsdepartement steht die Umsetzung etlicher Reformen an. Die Frage, wie hier was finanziert wird, scheint mir zentral. Im Sozialbereich drücken bei vielen Menschen die Mieten auf das Portemonnaie. Dies, um nur zwei Beispiele zu nennen.

Konstruktive Kritik ist willkommen. Destruktive Kritik versuche ich, nicht an mich heranzulassen. Ich bin viel unterwegs und diskutiere mit den unterschiedlichsten Personen und höre ihnen zu.

Ich nehme Kritik ernst, suche die direkte Klärung im persönlichen Dialog und sehe dies immer als Chance für einen Entwicklungsschritt. In meinem Departement bestehen direkte Zugänge und offene Türen.

Wenn die Kritik Substanz hat, nehme ich diese ernst und korrigiere mein Handeln. Als Regierungsrat erwarte ich es als meine Pflicht, gesprächsbereit zu sein und den Dialog zu führen. Der Dialog gibt einem ja auch die Chance, seine Position darzulegen, zu vertreten und Bürgernähe zu praktizieren.

Gute Kritik übernehme ich sofort und baue sie in meine Ideen ein. Unbrauchbare Kritik ignoriere ich oder halte diesen Personen den Spiegel vor.

Kritik gehört zur politischen Arbeit dazu. Ich versuche, konstruktiv darauf einzugehen. Wichtig finde ich, dass Diskussionen fair und auf sachlicher Ebene geführt werden. Das fördert auch den offenen Dialog und das gegenseitige Verständnis.